

INTERVIEW

Ministerpräsident Kretschmann zum Rahmenabkommen: «Geht es um Klarstellungen, oder besteht ein allgemeines Unbehagen über das künftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU?»»

Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hofft, dass sich die Schweiz und die EU-Kommission doch noch auf einen Rahmenvertrag einigen. Europa sei der notwendige Weg in die Globalisierung. Das Recht des Stärkeren werde sonst dominieren.

Christina Neuhaus*

62 Kommentare →

19.05.2021, 05.30 Uhr



Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, befürchtet eine erschwerte Zusammenarbeit mit der Schweiz.

Roger Buerke / Imago

Herr Kretschmann, die Schweiz ringt noch um ihre Haltung zu einem Rahmenabkommen mit der EU. Als Ministerpräsident von Baden-Württemberg wünschen Sie sich, dass sich die Schweiz und die EU-Kommission einigen. Weshalb ist Ihnen ein Kompromiss so wichtig?

Wir sind uns in vielem ähnlich, denken Sie an den gemeinsamen alemannischen Kulturraum, unsere Dezentralität – wir haben nicht nur ein Zentrum, sondern viele prosperierende Mittelstädte –, unsere hoch engagierte Zivilgesellschaft und nicht zuletzt die Innovationskraft unserer vielen mittelständischen Betriebe und unserer exzellenten Hochschulen. Damit sind wir auch eng miteinander verbunden. Es gilt, diese Zusammenarbeit auf Grundlage der bilateralen Verträge zu sichern und weiterzuentwickeln. Von einer Einigung würden daher beide Seiten profitieren.

Soll die EU der Schweiz noch Konzessionen anbieten, um das Abkommen zu retten? Und, wenn ja, welche?

Als die EU die Börsenäquivalenz der Schweiz nicht verlängert hat, habe ich mich gemeinsam mit elf Anrainer-Regionen für die Schweiz eingesetzt. Daraufhin hat mir der damalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geschrieben, allein er habe persönlich 23 Mal mit vier aufeinanderfolgenden Schweizer Bundespräsidenten in der Sache gesprochen. Als Luxemburger hat er viel Verständnis für die Situation der Schweiz. Bereits damals im Vertragstext sei man der Schweiz in vielen Bereichen sehr entgegengekommen. Der Vertragstext liegt nun seit November 2018 vor. Die Schweiz hat um Klarstellungen in den Bereichen Beihilfe, Lohnschutz und Unionsbürgerrichtlinie gebeten. Nun kommt zusätzlich die

Souveränitätsfrage auf. Die Frage, die sich stellt, ist: Geht es um die genannten Klarstellungen, oder besteht ein allgemeines Unbehagen über das künftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU, wie es das Rahmenabkommen vorsieht?

Die Grenzregionen der Schweiz und Süddeutschlands sind mit den bilateralen Verträgen immer enger zusammengewachsen. Was passiert, wenn das Rahmenabkommen scheitert?

Die bilateralen Verträge gelten ja zunächst weiter. Wir erwarten keinen harten Bruch. Es gibt ja den Vergleich mit dem Smartphone, das keine Updates mehr erhält. Das Beispiel trifft es ganz gut. Die Folgen sind eher langfristig. Die Hürden der Zusammenarbeit würden künftig nicht geringer, sondern sukzessive höher. Das macht mir Sorgen. Es geht mir auch um weitere Zukunftschancen. Neue Kooperationen würden erschwert. Denken Sie etwa an den Energiebereich, den Klimaschutz, das Gesundheitswesen – auch aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie und der Tracing-App – oder an neue Technologien wie künstliche Intelligenz und Quantentechnologie.

Die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg bzw. Bayern ist höher als die zwischen der Schweiz und China. Sind solch starke Wirtschaftsbeziehungen wirklich gefährdet, wenn das Rahmenabkommen scheitert?

Die Verflechtungen der Schweiz mit Baden-Württemberg sind sehr stark und über viele Jahre und Jahrzehnte gewachsen. Die Schweiz ist für uns in Baden-

Württemberg zum Beispiel das wichtigste Importland und die Nummer drei bei den Exporten. Es ist bis anhin eine Win-win-Situation für die Unternehmen und Menschen beiderseits der Grenze. Auch hier sind langfristig Nachteile zu befürchten, und ich wünsche mir, dass wir mehr über die Zukunft nachdenken. Wir sind beide sehr starke Exportländer, und unsere Konkurrenz liegt nicht vor der Haustür, sondern vor allem in Asien.

Kann die EU der Schweiz etwas aufdrängen, was sie nicht will?

Die Schweiz entscheidet für sich alleine. Es handelt sich ja um eine freiwillige Übereinkunft mit einem Kompromiss. Beide Seiten werden nicht alle Teile ihrer Forderungen erfüllt bekommen. Das liegt bei Verhandlungen in der Natur der Sache.

Die Schweiz ist ein Hochlohnland mit einer überdurchschnittlich starken Zuwanderung aus der EU. Was sagen Sie zu den innenpolitischen Ängsten, dass mit dem Rahmenvertrag der Lohnschutz geschwächt und die Einwanderung ins Sozialsystem erleichtert würde?

Lohnschutz ist ein wichtiges Anliegen – aber auch in der EU gilt der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Gleichzeitig profitiert die Schweiz von Zuwanderung und von Grenzgängerinnen und Grenzgängern. Auch in der Pandemie haben wir das gesehen – viele deutsche Ärztinnen und Ärzte sowie viele Pflegekräfte arbeiten in der Schweiz. Debatten über Zuwanderung werden auch bei uns geführt – und ich

habe dabei immer dafür plädiert, das ganze Bild zu sehen.
Angst ist immer ein schlechter Ratgeber.

Der deutsche Botschafter sagte unlängst, die flankierenden Massnahmen seien für Unternehmer aus den Nachbarstaaten ein Ärgernis. Warum haben diese nicht bis vor Bundesgericht geklagt, wenn das Problem derart gravierend ist?

Vor allem unsere kleinen und mittleren Unternehmen klagen über unnötige Hürden und zu viel Bürokratie. Der Verweis auf das Bundesgericht ist beispielsweise für kleine Handwerksbetriebe einfach keine Lösung. Als Nachbarn wollen wir unser Miteinander politisch entscheiden und nicht durch den Gerichtsweg. Ein Bürokratieabbau, wie ihn das Rahmenabkommen vorsieht, hätte für beide Seiten Vorteile, nicht zuletzt auch für die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz.

Wenn Baden-Württemberg ein selbständiger Staat wäre, der nicht der Europäischen Union angehörte: Glauben Sie, die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie hätte eine Chance?

Das lässt sich schwer vergleichen. Die europäische Einigung hat bei uns in Baden-Württemberg eine andere historische Bedeutung als in der Schweiz. Unsere Bindung an die Europäische Union ist geprägt durch die Erfahrungen der Greuel der beiden Weltkriege und der Erbfeindschaft mit Frankreich. Dank ihrer Neutralität ist dies der Schweiz erspart geblieben. Die Triebfeder der Schweizer Europapolitik war es vielmehr, die wirtschaftliche Isolation in Europa zu vermeiden und den Wohlstand zu befördern. Die Freizügigkeit selbst ist für

uns eine der grossen Errungenschaften der Europäischen Union.

Hat das heterogene Gebilde Europäische Union eine Zukunft?

Europa ist der notwendige Weg in die Globalisierung. Unsere regelbasierte Weltordnung erodiert an vielen Stellen. Das Recht des Stärkeren dominiert vielerorts. Denken Sie an China und Hongkong oder an Russland und die Ukraine. Gleichzeitig stehen wir mit dem Klimawandel vor der Jahrhundertaufgabe schlechthin. Der Entwicklung neuer Technologien wie der künstlichen Intelligenz liegen Normen und Werte zugrunde, die Europa von anderen Ländern unterscheiden. Im globalen Kontext werden wir auf diese Fragen nur als Europäerinnen und Europäer Einfluss ausüben können. Gegenüber den USA und China sitzt jeder Nationalstaat allein am Katzentisch, selbst Deutschland. Ein sicheres und handlungsfähiges Europa liegt im wohlüberlegten Eigeninteresse jeder europäischen Nation, auch der Schweiz.

* Das Interview wurde schriftlich geführt.

62 Kommentare

Urs Keiser vor etwa 3 Stunden

Die Schweiz soll sich da keinen Illusionen hingeben. Die EU wird immer, wenn ihr etwas an der Schweiz nicht passt, versuchen mit ihren Mitteln ihr Recht zu erzwingen. Das Recht des Stärkeren wird also in der Beziehung Schweiz EU, mit oder ohne Rahmenvertrag gleich bleiben und nach Belieben eingesetzt. Deshalb braucht die Schweiz sich nicht noch zusätzliche Bürden mit dem Rahmenvertrag aufzuladen. In der Schweiz haben wir noch genug zu tun um

international Wettbewerbsfähig zu bleiben. So sollten wir uns nicht noch mit einem solchen Rahmenvertrag mit der EU zusätzlich belasten. Herr Kretschmann sagt da was von "unserer exzellenten Hochschulen"; ja die sind südlich von BW in der Schweiz. Ebenso profitiert BW von der Schweiz vielfach in wirtschaftlicher Hinsicht, attraktive Arbeitsplätze in der Schweiz die Wohlstand in BW erzeugen, Export in die Schweiz, Einkaufstourismus.... Die EU gibt ein schlechtes Bild ab in der Weltpolitik. Grosse Worte und schwache Leistung, intern zerstritten und riesige Schulden, sowie ein riesiges Migrationsproblem mit allen Facetten inklusive Antisemitismus.

25 Empfehlungen

Vladimir Rott vor etwa 2 Stunden

Nein, für CH Ist EU keineswegs «der notwendige Weg in die Globalisierung». Es wäre ein Umweg, hindernisreich, mit Fallen und Stolpersteinen. Wir sind ja schon längstens «globalisiert». Direkt. Über das, altbekannte, Problem schrieb kürzlich auch Gerhard Schwarz/NZZ: «Rahmenabkommen: Der wahre Knackpunkt ist das völlig andere Staatsverständnis der Schweiz und der EU Beim Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz wird um allerlei Details gefeilscht. Dabei geht es um weit Grundsätzlicheres, nämlich ein komplett unterschiedliches Verständnis, wie der Staat den Bürgern gegenübertritt.» Gerhard Schwarz, 18.05.21, www.nzz.ch/wirtschaft/rahmenabkommen-der-wahre-knackpunkt-ist-das-staatsverstaendnis-ld.1625525

18 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

GASTKOMMENTAR

Ein Scheitern des Rahmenabkommens würde die beachtenswerte Handelsbilanz zwischen Süddeutschland und der Schweiz beeinträchtigen

Die Annahme des Rahmenabkommens mit der EU bedroht die Souveränität der Schweiz nicht stärker als dessen Ablehnung. Das Gegenteil ist der Fall.

Anna Deparnay-Grunenberg, Christian Natterer, Felix Schreiner, Andreas Schwab, Rita Schwarzelühr-Sutter und Gerhard Zickenheiner 27.04.2021 

Nachbarregionen werfen sich in Brüssel für die Schweiz in die Bresche

Erstmals werben die Regierungen von neun Grenzregionen aus allen Nachbarländern in Brüssel in einer koordinierten Aktion für Verständnis für die Schweiz. Nach dem Streit rund um die Börsenäquivalenz warnen sie in einem Brief an EU-Kommissions-Präsident Juncker eindringlich vor einer bilateralen Negativspirale.

Niklaus Nuspliger, Brüssel 04.09.2019 

Mit Winfried Kretschmann sind die Grünen im Südwesten Volkspartei geworden – jetzt soll der Rest des Landes folgen

Anja Stehle, Stuttgart 28.02.2021 

KOMMENTAR

Das Rahmenabkommen mit der EU ist gescheitert

Eric Gujer 05.03.2021



Der gute Nachbar Kretschmann

Jörg Kruppenacher, Ermatingen 03.07.2014



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.